

Übersichten

April 2000

Außenpolitik

1 Bessere Außen- und Sicherheitspolitik durch Gründung eines Nationalen Sicherheitsrats?

Siehe dazu das Thema im vorliegenden Heft.

2 Ablehnung einer Teilnahme an der G8-Runde: China zielt sich

Vom 21. bis 23. Juli 2000 findet auf Okinawa eine G8-Tagung statt. Zu den „Great Eight“ gehören Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland und die USA.

Nachdem die einstige „G7“ bereits Russland mit ins Boot gelassen hatte, war von Bundeskanzler Schröder der Vorschlag ausgegangen, nun auch die künftige Wirtschaftsweltmacht China in den Kreis einzubeziehen und die Gruppe zur „G9“ zu erweitern.

Ganz in diesem Sinn war Japan (noch unter der Ministerpräsidentenschaft Obuchis) dazu übergegangen, China einzuladen. Dieses winkte jedoch bereits am 23. Februar ab, wobei als offizieller Grund die Präferenz gegenüber der UNO angegeben wurde: Die UNO und ihr Sicherheitsrat seien in internationalen Angelegenheiten „unersetzbar“, betont Regierungssprecher Zhu Bangzao bei der regulären Pressekonzferenz vom 23. Februar (SCMP, 23.2.00).

In der Tat hat China im UNO-Sicherheitsrat einen sicheren Sitz, von dem aus es Entscheidungen nicht nur beeinflussen, sondern notfalls auch durch sein Veto blockieren kann.

Demgegenüber wäre eine Position in der G8/G9 vermutlich mit Unannehmlichkeiten zu erkaufen, angefangen von den als notorisch empfundenen Menschenrechtsvorwürfen bis hin zu Gesichtsverlusten, die bei wichtigen Entscheidungen anstehen könnten: Soll China beispielsweise nur Gast oder aber Vollmitglied sein? Würde durch die Anwesenheit Chinas die Diskussion wichtiger politischer Fragen, u.a. der Menschenrechtsproblematik, behindert? Wie schließlich würde China reagieren, falls es, wie Russland, von den makroökonomischen Diskussionen ausgeschlossen würde?

Andererseits muss die Gemeinschaft der führenden westlichen Wirtschaftsnationen damit rechnen, dass China ohnehin in eine Weltwirtschaftsrolle hineinwächst. Man vergesse nicht, dass die Weltbank das Jahr 2020 bereits als einen Zeitpunkt ins Auge gefasst hatte, in dem die VRCh an den USA vorbeizieht. Diese Einschätzung hatte sich, wie die Asienkrise von 1997 verdeutlichte, als vorschnell erwiesen, weil die außergewöhnlichen VRCh-Erfolgszahlen aus der ersten Hälfte der 90er Jahre mechanisch in die Zukunft weitergerechnet worden waren. Dass China jedoch schrittweise aufschließt, kann niemanden entgehen. Wie aber kann sich eine Gruppierung noch mit dem „G“ zieren, wenn der eines Tages vielleicht Größte nicht mit von der Partie ist? G8 hätte dann vielleicht einen ähnlichen Beigeschmack wie heutzutage das einstmals durchaus berechnete Epitheton „Großbritannien“. -we-

3 Verlauf der diesjährigen Sitzung des UNO-Menschenrechtsausschusses

Bei der Tagung der UNO-Menschenrechtskommission am 23. März hat Außenminister Fischer die Führungsrollen Russlands und Chinas wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen attackiert. Russland wurde dabei vor allem wegen seiner Tschetschenien-Politik, China aber wegen der Verfolgung und Drangsalierung Andersdenkender, wegen der Inhaftierung ohne richterliche Beschlüsse, wegen seiner Exekutionen und wegen seiner Tibet-Politik angeprangert. In China würden mehr Menschen staatlich exekutiert als in allen anderen Ländern der Welt zusammen. Beijing möge die Verfolgungen einstellen, die Todesstrafe abschaffen und die Unterdrückung der Tibeter beenden.

Nach Meinung des Außenministers ist das Gegenargument der Einmischung in die inneren Angelegenheiten von der Geschichte längst ad absurdum geführt worden. Kein Staat habe mehr das Recht, sich hinter dem Prinzip der staatlichen Souveränität zu verschanzen, wenn er die Menschenrechte verletze.

Beobachter bewerteten die Rede Fischers als „ungewöhnlich hart“.

Über einen Antrag, China wegen Verletzung der Menschenrechte zu verurteilen, konnten sich die 15 EU-Mitglieder allerdings auch diesmal wieder nicht einigen, wobei vor allem Frankreich als Gegner einer Verurteilung auftrat, während andererseits Chris Patten, seines Zeichens EU-Außenkommissar (und früherer Gouverneur von Hongkong) seine alte Politik der Kritik an China gerne fortgesetzt hätte (SCMP, 20.3.00).

Auch die amerikanische Außenministerin Albright übte scharfe Kritik an den Menschenrechtsverletzungen in China und warf den chinesischen Machthabern dabei insbesondere die Verfolgung von Dissidenten und von Angehörigen verschiedener Minderheiten vor, nicht zuletzt auch die Verhaftung von Falungong-Anhängern. Im Gegensatz zur EU übte Albright allerdings keine Kritik an der Verhängung der Todesstrafe in China. Auch in den USA hat diese Sanktionsart ja in den letzten Jahren stark zugenommen!

Albright konnte sich bei ihren Ausführungen an den „US Human Rights Record in 1999“ halten, der am 26. Februar herausgekommen war und an dem der chinesische Staatsrat vor allem deshalb scharfe Kritik geübt hatte, weil die mittlerweile durchgeführten Verbesserungen in dem Bericht überhaupt nicht gewürdigt worden seien (XNA, in SWB, 1.3.00). Die Stellungnahme des Staatsrats weist darauf hin, dass die USA sich nicht als Richter über andere aufspielen dürften, da sie selbst einen Balken im eigenen Auge hätten – man denke an die überfüllten amerikanischen Gefängnisse, an die schlechte Behandlung der Gefängnisinsassen, an die hohe Zahl der Verbrechen in einer der reichsten Nationen der Welt, die durch soziale Ungerechtigkeit zu erklären sei – und die überdies zunehmend durch Verhängung der Todesstrafe sanktioniert würden. Nicht zu vergessen auch die nach wie vor andauernden rassistischen Benachteiligungen von Schwarzen, von Latinos und von Asiaten, ferner die Geschlechterdiskriminierung und die unverantwortliche Aufrüstung der US-Streitkräfte.

Auch die Hochkommissarin der UNO für Menschenrechte, Mary Robinson, wiederholte ihre Kritik an der Menschenrechtsslage in China, die sie bereits nach einem kurzen Chinabesuch Ende Februar/Anfang März geäußert hatte. Bei grundlegenden Menschenrechten wie der Rede-, der Religions- und der Versammlungsfreiheit sei die Lage im abgelaufenen Jahr 1999 schlimmer geworden – dies zeige ein Vergleich mit ihren Beobachtungen aus dem Jahr 1998 (SCMP, 3.3.00).

Auf der anderen Seite sei die Arbeit zur Verbesserung von Justizverfahren sowie bei der Ausbildung von Richtern vorangekommen.

China habe ferner zwar die beiden Abkommen über bürgerliche und politische Rechte sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte unterzeichnet, sie bisher aber nicht ratifiziert.

Frau Robinson war sichtlich bemüht, brüske Kritik an der chinesischen Führung zu vermeiden, da man nur *mit* China weitere Schritte vorankommen könne, nicht gegen das 1,2-Milliarden-Land!

Im Hinblick auf die Genfer Sitzung hatte die chinesische Führung bereits am 17. Februar ein „15.000-Worte“-Weißbuch mit dem Titel „50 Jahre Fortschritt in der Menschenrechtspolitik Chinas“ vorgelegt (XNA, 18.2.00) und darin seine altbekannten Standpunkte dargelegt: Entsprechend der Menschenrechtsphilosophie des Landes gebe man vor allem den Sozialrechten Vortritt vor Individualrechten: Es sei der chinesischen Führung gelungen, ein 1,2-Milliarden-Volk zu ernähren, zu kleiden und sein Überleben zu sichern. Das Recht auf Überleben und das Recht auf Entwicklung sowie auf eine heile Umwelt stünden stets im Vordergrund.

In China gebe es zurzeit 165.000 „soziale Organisationen“, die, wenn sie nicht illegal agierten, ungehindert ihren Aktivitäten nachkommen dürften, u.a. auch die rund 100 Mio. Gläubigen verschiedener Religionen. Ungehindert könnten beispielsweise die rund 3.000 nationalen und lokalen religiösen Organisationen ihren Glaubensregeln folgen. Es gebe 74 religionsorientierte Hochschulen und 20 Mio. Ausgaben der Bibel. Mehr als 17.000 Religionsfunktionäre seien sogar in politische Gremien gewählt worden (XNA, 18.2.00).

Auch mit der Justiz geht alles in Ordnung. 1998 hätten die Justizorgane beispielsweise 3,37 Mio. Fälle von Zivilklagen behandelt, ferner 1,45 Mio. von Wirtschaftsstreitigkeiten, rund 100.000 Verfahren gegen Verwaltungsakte und 5,4 Mio. Strafsachen. Dabei gebe es viele Freisprüche – und auch zahlreiche Begnadigungen (ebd.).

Man vergesse auch nicht, dass die Volksrepublik für Millionen von Menschen Arbeitsplätze schaffe und für die Alphabetisierung der Volksmassen gesorgt habe.

Für all diese Behauptungen werden Zahlen aufgeführt, die einen Vergleich zwischen 1949 und heute bringen.

Alles in allem habe das Jahr 1949 und die Gründung der Volksrepublik einen „Wendepunkt“ in der Menschenrechtssituation mit sich gebracht, weil – eben! – die Entwicklungspolitik auf die breiten Massen ausgeweitet und damit auch der Sumpf für Verbrechenkausa-

lität weitgehend trockengelegt worden sei.

China hatte hier m.a.W. eine regelrechte Menschenrechts-Gegenoffensive gestartet – und zwar rechtzeitig vor Beginn der 56. Session der UNO-Menschenrechtskommission in Genf. Vor diesem Zeitpunkt hatte es in China auch noch eine Reihe spektakulärer Hinrichtungen gegeben: In Aksu (AR Xinjiang) waren 11 „Terroristen“ exekutiert worden, die im Oktober 1996 zwei Polizisten erschossen und einen weiteren erstochen hatten und denen außerdem Raub, illegaler Besitz von Schusswaffen und Handel mit Waffen und Sprengstoff vorgeworfen wurde. Amnesty international hatte die Berechtigung dieser Vorwürfe in Zweifel gezogen und darauf hingewiesen, dass man in Wirklichkeit militante Uiguren habe ausschalten wollen.

Noch Aufsehen erregender war die Hinrichtung eines hohen Politikers am 8. März, nämlich Hu Changqings, des ehemaligen Stellvertretenden Gouverneurs der Provinz Jiangxi. Nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft hatte Hu zwischen Mai 1995 und August 1999 Bestechungsgelder in Höhe von 5,4 Mio. Yuan angenommen. Mit Hu war der bis dahin höchste Funktionär seit Beginn der VR China im Jahre 1949 exekutiert worden. Die Strafe war im Gefolge einer intensivierte Antikorruptionskampagne der Regierung verhängt worden, hinter die sich vor allem Ministerpräsident Zhu Rongji gestellt hatte (SCMP, 9.3.00). -we-

4 Kritik an der westlichen Entwicklungshilfe

In einem Xinhua-Kommentar (XNA, in SWB, 29.2.00) wird die Entwicklungspolitik der OECD-Staaten einer harschen Kritik unterzogen. Die Gefälle zwischen Reich und Arm würden immer steiler. 1976 habe es lediglich 29 „unterentwickelte“ Staaten gegeben, gegenwärtig seien es bereits 48, wobei die Bevölkerung dieser 48 Staaten nicht weniger als 13% der Weltbevölkerung ausmache, während sich ihre Exporte zur gleichen Zeit auf gerade einmal 0,4% der gesamten Weltexporte und ihre Importe auf 0,6% der gesamten Weltimporte beschränkten.

Mit Zunahme der Globalisierung verschlechtere sich diese Situation laufend, obwohl die OECD-Länder nach UNDP-Berichten in der Lage wären, mit verhältnismäßig kleinen Summen grundlegende Verbesserungen zu erreichen. Mit gerade einmal 13 Mrd. US\$ könnte beispielsweise der Gesundheitsdienst in den Entwicklungsländern von Grund auf reformiert und modernisiert werden: Dies sei eine Summe, die in den westlichen Ländern beispielsweise für die Fütterung von Haus- und Schoßtieren ausgegeben werde.

Aus historischer Sicht seien die entwickelten Länder verpflichtet, Hilfe zu leisten, da es sich bei den meisten unterentwickelten Ländern um frühere Kolonien oder Halbkolonien handle. Ihre Armut sei zurückzuführen auf die „grausame Ausbeutung“ der damaligen Zeit.

In dieser Erkenntnis hätten sich die betreffenden Staaten ja in der Tat seit langem dazu verpflichtet, 0,7% ihres BIP für Entwicklungshilfe aufzuwenden. In der Praxis seien die Länder jedoch weit davon entfernt, dieses Versprechen einzulösen. In den 90er Jahren sei die offizielle Hilfe stattdessen um 23% zurückgegangen. Die 21 Mitglieder der OECD zahlten zurzeit im Durchschnitt 51,8 Mrd. US\$ – also lediglich 0,24% ihres kombinierten BIP – und noch weniger als in den 80er Jahren, als noch wenigstens 0,33% des kombinierten BIP zur Verfügung gestellt wurden.

Überdies würden Entwicklungshilfeleistungen an „harte Bedingungen“ geknüpft wie „Demokratisierung“, „Unabhängigkeit der Justiz“ und „Einhaltung der Menschenrechte“. Entwicklungshilfe werde hier also zu Zwecken der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder missbraucht.

Nach „statistischen Berichten“ belieben sich die Verluste der Entwicklungshilfe, die durch unfaire Austauschbedingungen (beim Handel, im Arbeitsbereich und beim Finanzsystem) verursacht würden, auf jährlich rund 500 Mrd. US\$ – das Zehnfache der Summe, die als „Entwicklungshilfe“ zur Verfügung gestellt werde.

Wenn die entwickelten Länder also wirklich aufrichtige Entwicklungshilfe

leisten wollten, so sollten sie sich nicht nur an ihr 0,7%-Versprechen zurück erinnern, sondern darüber hinaus auch günstige Bedingungen für den Austausch von Kapital und Technologien sowie für Personalausbildung festlegen und nicht zuletzt auch ihre Märkte für Produkte der unterentwickelten Länder öffnen. -we-

5 Gemeinsamer „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ in Zentralasien

Am 29./30. März 2000 trafen die Verteidigungsminister der „Shanghai-Fünf“ zu ihrem jährlichen Treffen zusammen – diesmal in Astana, der Hauptstadt von Kasachstan. Zu den „Shanghai-Fünf“ gehören Russland, Kasachstan, Tadschikistan und Kirgistan sowie die VR China – also Länder, die in Zentralasien Grenzen miteinander teilen und die auf der Gipfelkonferenz von 1996 in Shanghai nicht nur zu effizienten Abgrenzungsmaßnahmen, sondern auch zur Vertrauensbildung und zu dem Beschluss gekommen sind, Fragen der Sicherheit in Zentralasien fortan möglichst gemeinsam anzupacken und sich zu diesem Zweck u.a. jährlich zu treffen.

Als Vertreter Chinas nahm der Verteidigungsminister und Stellvertretende Vorsitzende im ZK-Militärausschuss, Chi Haotian, teil (XNA, 29.3.00). Das Treffen endete mit einem gemeinsamen Kommuniqué, in dem Maßnahmen zum Kampf „gegen internationalen Terrorismus, Drogenhandel, Waffenschmuggel und andere Formen grenzüberschreitender Verbrechen“ proklamiert wurden. Bekämpft werden sollten darüber hinaus „Separatismus und Extremismus“ (XNA, 31.3.00).

Obwohl all diese Begriffe höchst unpräzise sind, weiß doch jedermann, der mit zentralasiatischen Problemen zu tun hat, dass sich die fünf Staaten seit Jahren vor allem durch wachsenden islamischen Extremismus bedroht sehen und dass sie deshalb hauptsächlich gegen *diese* Form des „internationalen Terrorismus“ vorgehen wollen. Vor allem der russische Verteidigungsminister Igor Sergejew machte aus seinem Herzen keine Mördergrube, als er darauf hinwies, dass durch Zentralasien die „Frontlinie des Kampfes ge-

gen Kräfte des internationalen Terrorismus und des religiösen Extremismus verlaufe“ (zitiert in: FT, 31.3.00).

Chi Haotian andererseits wies darauf hin, dass es in Chinesisch-Xinjiang Probleme mit den Uiguren, einem türkisch sprechenden Volk gebe. Die rund 500.000 Menschen uigurischer Herkunft wünschten sich einen eigenen Staat, obwohl sie verstreut über mehrere zentralasiatische Republiken hinweg lebten.

In Taschkent, der usbekischen Hauptstadt, hatte es darüber hinaus im Februar 1999 eine Reihe von Bombenanschlägen islamischer Terroristen gegeben. Auch im Fergana-Tal im südlichen Usbekistan kommt es immer wieder zu Zusammenstößen mit „Extremisten“. Im Herbst 1999 infiltrierten darüber hinaus rund 1.000 islamische Guerilleros ins südliche Kirgistan und nahmen dort u.a. vier japanische Geologen als Geiseln – ein Zwischenfall, der auf die japanische Öffentlichkeit nicht weniger schockierend wirkte als die Geiselnahme deutscher Touristen Anfang Mai 2000 in der Inselwelt des Sulu-Archipels.

Fast gleichzeitig mit der Konferenz von Astana begannen im südlichen Tadschikistan groß angelegte Militärmanöver Kasachstans, Kirgistans, Tadschikistans, Usbekistans und Russlands. Nur chinesische Streitkräfte glänzten hierbei durch Abwesenheit. Doch hatten die Manöver den politischen Segen von Seiten der VRCh.

Die „Shanghai-Fünf“ gehen davon aus, dass der Ausbruch von Gewalt in aller Regel von außen her, vor allem von Seiten der afghanischen Taliban, angestiftet oder durch international kämpfende, islamische Mudschaheddin direkt ausgelöst wird.

Da die Mudschaheddin vielfach von Pakistan unterstützt werden, scheint das Vertrauen Chinas in seinen über Jahrzehnte hin „engsten Verbündeten“ in Islamabad langsam zu schwinden. Bezeichnend in diesem Zusammenhang war ein Gerücht, das der pakistanischen Regierung offensichtlich so unangenehm war, dass das Außenministerium es als „spekulativ“ abtun zu müssen glaubte. Danach habe China die pakistanische Regierung gebeten, ihren Einfluss auf die afghanischen Taliban geltend zu machen, ih-

re „Militanz“ in Xinjiang einzustellen. Meldungen dieser Art seien Zeitungsentente, hieß es von pakistanischer Seite. Die entsprechende Meldung erschien gleichwohl in Xinhua (23.2.00) – ein offensichtlich gezielter Schritt der chinesischen Nachrichtenagentur!

Islamabad hält es anscheinend für angebracht, mit China wieder stärker in Verbindung zu treten. Zu diesem Zweck war der pakistanische Militärherrscher, General Pervez Musharraf, Mitte Januar nach China gereist – seine erste offizielle Staatsvisite nach dem Staatsstreich und dem Sturz des gewählten pakistanischen Präsidenten. Musharraf erhielt zwar einen großen Bahnhof, doch gelang es ihm nicht, Beijing im Kashmir-Konflikt auf seine Seite zu ziehen. Vielmehr dürften ihn die drei führenden Politiker Chinas, mit denen er während seines Aufenthaltes verhandelte, auch ihre Sorgen zur Talibanfrage unterbreitet haben. Pakistan muss sich darüber im Klaren sein, dass die „Afghanistan“- und die „Jihad“-Frage in Zentralasien nach und nach zu einem Dauerthema im bilateralen Verhältnis wird (dazu auch FBIS/NES, 22.2.00). -we-

6 50. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Indien

Am 1. April 1950 hatte Indien als erster nicht-sozialistischer Staat diplomatische Beziehungen zu der am 1. Oktober 1949 ausgerufenen VRCh aufgenommen. Indien war damit der 12. Staat, der diesen Schritt unternahm. Vorausgegangen waren 11 Staaten des Ostblocks, darunter die UdSSR und die DDR. Jugoslawien folgte erst fünf Jahre später, nämlich 1955.

Beide Seiten bekundeten anlässlich des 50-jährigen Jubiläums ihre besten Absichten. Man sei bereit, eine „konstruktive Partnerschaft im Geiste des 21. Jahrhunderts“ aufzunehmen und wolle „ein neues Kapitel in den bilateralen Beziehungen aufschlagen, das auf der Basis der 'fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz' beruhe“, hieß es von chinesischer Seite (XNA, 30.3.00).

Auch die Inder suchen, wie sie erklären, „freundschaftliche, kooperati-

ve, gutnachbarliche und gegenseitig vorteilhafte Beziehungen mit China“ (Erklärung Delhis in: XNA, 30.3.00). Allerdings müsse China seine Unterstützung für Pakistan und seinen Jihad („heiligen Krieg“) gegen Indien einstellen.

Auch China hat gegenüber Indien weiterhin Vorbehalte, vor allem seit das indische Militär im Mai 1998 eine Reihe von unterirdischen Atomtests durchgeführt und dieses Handeln u.a. damit begründet hatte, dass man der chinesischen Herausforderung begegnen wolle (SCMP, 9.3.00).

Ob Jubiläum oder nicht – in jedem Fall beginnt sich zwischen den beiden bevölkerungsreichsten Staaten Asiens diplomatisch einiges zu bewegen – nicht zuletzt in Form eines „Sicherheitsdialogs“, der Anfang März 2000 eingeleitet wurde (Näheres dazu C.a., 2000/3, Ü 10). -we-

7 China und Israel: diskrete „Freundschaft und Zusammenarbeit“

Mitte Februar besuchte der Oberkommandierende der Israelischen Luftwaffe, Eitan Ben-Eliaho, die VR China und führte dort zahlreiche Besprechungen mit dem Chef des Generalstabs der VBA, Fu Quanyou. Vereinbarung wurde eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Luftwaffen sowie der Verkauf eines in Israel entwickelten Radarsystems an die VBA. Westliche Beobachter in Beijing wiesen darauf hin, dass es sich bei der Technologie um hoch entwickelte Systeme handele, die gar nicht weit weg vom AWACS (Airborne early warning and control system) seien. Während des 6-tägigen Aufenthalts von Ben-Eliaho wurde über den Verkauf von acht Phalcon (Phased Array L-Band Conformer)-Luft radaranlagen verhandelt, die von der israelischen Luftfahrtindustrie entwickelt wurden. Die Radaranlagen werden auf die von Russland an China gelieferten Beriev A-50-Flugzeuge montiert, und zwar in Übereinstimmung mit einem zwischen Russland und Israel im Jahre 1997 getroffenen Abkommen, demzufolge beide Seiten die chinesische VBA mit fortgeschrittener Radartechnik ausstatten wollten.

Westliche Beobachter wiesen darauf hin, dass das „AWACS“-System, wenn es mit den von China ebenfalls in Russland gekauften zwei Sowremeeny-Zerstörern verbunden werde, der VBA die Möglichkeit verschaffe, eine Blockade gegen Taiwan zu verhängen (XNA, 17.2.00, und SCMP, 18.2.00).

Noch in den 60er und 70er Jahren war der Judenstaat ein Lieblingsziel chinesischer Propagandaattacken gewesen, vor allem dann, wenn Beijing den Palästinensern und insbesondere deren Anführer, Arafat, Loyalität bekunden wollten. Auch hatte Israel in den 60er Jahren noch eng mit Taiwan zusammengearbeitet.

Seit Israel und China jedoch am 26. Januar 1992 diplomatische Beziehungen aufgenommen haben (dazu C.a., 1992/2, Ü 3, und C.a., 1999/2, S.82-86), hat sich die Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten in aller Stille zu einer sowohl für Jerusalem als auch für Beijing nützlichen Achse entwickelt. Beide kooperieren bei der Entwicklung der Landwirtschaft (Urbarmachung von Wüsten!), bei der Wissenschaft (Sonnenenergie, Medizinwesen), vor allem aber bei der Waffentechnik. Längst hat die VBA-Führung entdecken können, dass sie bei der Zusammenarbeit mit Israel vom Besten beider Welten (hie UdSSR/Russland, dort USA) profitieren kann. Israel hat die Beutewaffen aus mehreren Mittelostkriegen gründlich analysieren und auf diese Weise einen soliden Überblick über nahezu sämtliche Waffensysteme dieser Welt gewinnen können. Für die VR China hat sich das kleine Land von Anfang an als idealer Partner bei der Lückenfüllung im Bereich elektronischer Feuerleitanlagen, für Panzerkanonen, bei Nachtsichtgeräten, Panzerkanonen und im Flugzeugbau sowie bei der Raketen- und Radartechnik erwiesen (dazu C.a., 1992/2, S.86).

Allerdings hat sich Israel mit seiner Bereitschaft, waffentechnologisches Wissen an China weiterzugeben, z.T. ins eigene Fleisch geschnitten. U.a. hat man in Jerusalem nie ganz den Verdacht loswerden können, dass die VRCh größere Waffenlieferungen auch an Erzfeinde Israels, nämlich an Syrien, vielleicht auch an den Iran und Libyen getätigt hat. Tröstlich nur, dass China sich gleichzeitig bemüht,

die Feinde in Nahost an den Verhandlungstisch zu bringen. Mit Freuden quittiert man hier auch das erträglicher werdende Verhältnis zwischen Israel und Palästina. Wann immer es zu einem Stillstand des Friedensprozesses kommt, wird dies von der VR China besonders bedauert – eine Einstellung, die man den Chinesen in diesem Falle abnehmen kann (dazu C.a., 1998/9, Ü 3)!

Ärger gab es überdies mit den USA, die den Verdacht nicht loswerden können, dass Israel amerikanische Militärtechnik an die VR China weiterreiche. -we-

8 Zum Stand der chinesisch-vatikanischen Beziehungen

Durch die Meldungen verschiedener Zeitungen (SCMP, Hongkong und *Taiyang Bao*, Hongkong) geistert seit einiger Zeit die Nachricht, dass zwischen China und dem Vatikan ein „informeller Kommunikationskanal“ eröffnet worden sei, und zwar seit Oktober 1999.

Viele Hypothesen haben jahrelang einen solchen Kontakt verhindert, nämlich zum einen das chinesische Misstrauen gegen die häufige Zusammenarbeit des Vatikan mit „kolonialen Kräften“, ferner eine jahrzehntelange Unterbrechung beiderseitiger Gesprächskontakte, des Weiteren grundverschiedene „Ideologien“ und nicht zuletzt die Tatsache, dass der Vatikan als Einziger „Staat“ Europas nach wie vor mit Taiwan diplomatische Beziehungen unterhält.

Gleichwohl kam es auf Vorschlag Deng Xiaopings Anfang 1989 zu ersten bilateralen Gesprächen, die allerdings nicht lange vorhielten, da der „Zwischenfall vom 4. Juni 1989“ für eine neue Eiszeit sorgte.

Erst nach der Rückkehr Hongkongs in die VR China im Juli 1997 nahmen der Vatikan und Beijing wieder Kontakte auf, und zwar über eine „dritte Partei“ – erwähnt werden in diesem Zusammenhang der philippinische Kardinal Jaime Sin, ferner der frühere südkoreanische Kardinal Kim Hwan-su und der Hongkonger Kardinal Hu Chen-chung.

1997 auch entsandte China zwei Katholizismus-Experten zum Heiligen

Stuhl, und zwar unter dem Vorwand, dort „Studien zu betreiben“. In Wirklichkeit jedoch habe es sich bei ihnen um Beamte des „Büros für Religiöse Angelegenheiten beim Staatsrat“ sowie um Angehörige des Außenministeriums gehandelt. Seit damals seien die informellen Beziehungen zwischen beiden Seiten rasch ausgebaut worden, und zwar so weit, dass im Herbst 1999 bereits erste Entwürfe zu einem gemeinsamen Kommuniqué über die Errichtung diplomatischer Beziehungen vorgelegen hätten. Doch dann folgte die Ernennung von fünf Bischöfen durch die „Patriotische Dreiselbstbewegung“ der VR China – und damit ein Eklat, der für den Vatikan unakzeptabel war, da Rom nach wie vor darauf pocht, das alleinige Recht zur Bischofsernennung zu besitzen (dazu C.a., 2000/1, Ü 6), (Bericht in *Taiyang Bao*, in SWB, 16.2.00).

Inzwischen hat die chinesische „Patriotische Kirche“ den Vatikan aufgefordert, etwas mehr Geduld und Flexibilität zu zeigen. Erstens einmal sei die Autorität des Papstes zur alleinigen Bischofsernennung auch im Abendland nie völlig unumstritten gewesen. Die Republik Venedig beispielsweise habe dem Papst 15 Jahrhunderte lang das Recht der Bischofsernennung in der Hafenstadt abgesprochen. Darüber hinaus solle man nicht vergessen, dass der Vatikan lange mit „ausländischen Interventionskräften“ zusammengearbeitet habe. Diese „150 Jahre übler Erfahrungen mit dem Vatikan“ müssten bedacht werden, ehe jemand den Stab über die chinesischen Sondervorstellungen breche (SCMP, 20.1.00).

Was Beijing für den Fall der Aufnahme offizieller Beziehungen mit dem Vatikan befürchtet, ist ein Aufleben der „Untergrundkirchen“, die dem Papst loyal verblieben sind und deren Mitgliederzahl auf etwa 10 Mio. Gläubige geschätzt wird. Nach Berichten einer in den USA residierenden Auslandschinesengruppe verfüge die Untergrundkirche in China zurzeit ferner über acht Bischöfe. Einer davon, Erzbischof Johann Yang Shudao, sei allerdings Anfang Februar 2000 verhaftet worden (SCMP, 15.2.00).

Yang war 1955 bereits wegen seiner Loyalität zur Papstkirche eingesperrt und erst nach 26 Jahren, nämlich

1981, wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Nun also sitzt er zum zweiten Mal im Gefängnis (SCMP, 15.2.00).

Am 14. März starb einer der angesehensten, noch vom Vatikan ernannten Kardinäle Chinas, Ignazius Kong Pinmei, im Alter von 97 Jahren, und zwar im amerikanischen Exil. Er war 1955 wegen „konterrevolutionärer Verbrechen gegen das Neue China“ verhaftet und 30 Jahre lang in Gefängnissen festgehalten worden. Vom Vatikan zum Bischof von Shanghai ernannt, galt er lange Zeit als „Feind Nr. 1“ unter den Religionsrepräsentanten Chinas (SCMP, 14. und 15.3.00).

Von den Behörden der VR China war er niemals als Bischof anerkannt worden. Insgesamt gibt es in der „Katholischen Bischofskonferenz von China“, der höchsten katholischen Organisation in der VRCh, rund 70 Bischöfe, von denen etwa zwei Drittel vom Papst angeblich insgeheim anerkannt worden sind, obwohl der Vatikan, allen Bestimmungen seines *corpus iuris* zuwider, in die Ernennung nicht eingeschaltet worden war.

Der Papst sprach „sein tiefes Mitgefühl“ zum Tode des chinesischen Kardinals aus und betete für die katholische Untergrundkirche in China (SCMP, 14.3.00).

Kong war 1985 aus dem Gefängnis entlassen, aber dann weitere 2 1/2 Jahre unter Hausarrest in Shanghai gestellt worden. 1987, im Alter von 85 Jahren, erhielt er – auf Verlangen von amnesty international und des Roten Kreuzes – von der Regierung die Genehmigung, in die USA zu medizinischer Behandlung auszureisen, wo er in Stamford, Connecticut, bis zum seinem Tod blieb.

Die Ernennung Kongs zum Kardinal durch den Vatikan war kurz vor seiner Entlassung aus dem Gefängnis beschlossen, allerdings geheimgehalten worden.

Im Juni 1991 wurde die feierliche Investitur vom Vatikan formell nachgeholt.

Unter der Millionenanhängerschaft der katholischen Untergrundkirche (in der offiziellen katholischen Kirche sind es nur 4 Mio.) galt der klein gewachsene, nur 1,50 m große Kardinal als großer Held und als Haupt-

märtyrer, der alle Demütigungen, öffentlichen „Massenkritikveranstaltungen“ und eine jahrzehntelange Gefängnishaft erhobenen Kopfes überstanden hat (SCMP, 15.3.00). -we-

9 Quasi-OAU-Tagung in China?

Im Oktober 2000 findet in Beijing das „Forum über sino-afrikanische Zusammenarbeit“ statt, zu dem die VRCh die Außen- und Handelsminister aller afrikanischen Staaten einladen will. Diese Einladung bedeute, wie der Regierungssprecher in Beijing am 14. März hervorhob, einen neuen Anlauf der chinesischen Seite, um im neuen Jahrhundert die Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten zu stärken und die gemeinsame Entwicklung voranzubringen (XNA, 16.3.00).

Seit Jahren gehört China mit zu den engagiertesten Befürwortern eines Zusammenschlusses aller afrikanischen Länder. Manchmal gewinnt man den Eindruck, als würde China die Einigungsbemühungen am liebsten selbst in die Hand nehmen. Da dies nicht möglich ist, findet sich das OAU-Anliegen nun sozusagen nach China verpflanzt. Allerdings erfährt China immer wieder die Grenzen seines diplomatischen Einflusses in Afrika: Erstens gibt es dort immer noch eine Reihe von Staaten, die an Beziehungen zu Taiwan festhalten und zweitens bleiben auch chinesische Schlichtungsanstrengungen ohne nachhaltigen Erfolg, sei es nun, dass China vergeblich auf die Konfliktparteien Äthiopien und Tschibuti einzuwirken versucht (XNA, 31.3.00), oder sei es, dass es – ebenfalls ohne Erfolg – die Rebellen in Sierra Leone zur Zusammenarbeit mit der Regierung aufgerufen hat (XNA, 15.3.00). -we-

10 Konflikt mit Australien wegen illegaler Zuwanderungen aus China

Nach Erkenntnis der australischen Behörden sind in den vergangenen vier Jahren 1.452 „boat people“ illegal an den australischen Küsten gelandet – und zwar durchwegs Chinesen aus der VR China. 1.447 von ihnen seien inzwischen repatriert worden, sagte Einwanderungsminister Philipp

Raddock (Radio Australia, in SWB, 29.2.00).

Da Australiens Küsten sich auf 35.000 km erstrecken, gehen die Behörden davon aus, dass die Dunkelziffer der Zuwanderer hoch ist. Flüchtlinge, die den Behörden gleichwohl ins Netz gehen, werden in Lager interniert, die sich zum Teil in Wüstencamps befinden.

Menschenrechtsorganisationen haben bereits die unzureichende Asylpolitik Australiens kritisiert: Oft dauere es Jahre, bis über einen Asylantrag entschieden werde.

Australien wehrt sich mit dem Gegenstand, dass an seinen Küsten permanent krimineller „Menschenschmuggel“ stattfindet. Kriminelle Banden trieben einen schwunghaften Handel mit Immigranten vor allem aus Fujian, die auf dem Fünften Kontinent eine neue Heimat suchten (SCMP, 21.1.00).

Die Behörden der VR China waschen ihre Hände in Unschuld. Ursächlich für das Immigrationsproblem seien die „laxen Einwanderungsbestimmungen des Landes“, heißt es (Radio Australia, in SWB, 4.2.00). -we-

Innenpolitik

11 Vierte Führungsgeneration: Jiang Zemin signalisiert Verzicht auf das Amt des KP-Generalsekretärs ab 2002

Laut Hongkonger Meldungen soll Jiang Zemin in inoffiziellen Gesprächen seine Bereitschaft signalisiert haben, zum XVI. Parteitag im Herbst 2002 von seinem Amt als Generalsekretär der KPCh abzutreten. Von den sieben Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros sollten nach seiner Ansicht im Jahr 2002 nur zwei in diesem Gremium verbleiben, nämlich der 57-jährige stellvertretende Staatspräsident Hu Jintao sowie der 65-jährige Vorsitzende der Politischen Konsultativkonferenz Li Ruihuan (SCMP, 4.5.00).

Zuletzt waren Spekulationen laut geworden, wonach Jiang eine dritte Amtszeit bis 2007 anstrebe – die Ver-

fassung begrenzt zwar die Amtsdauer hoher Regierungsbeamter auf zwei Amtsperioden, nicht aber die hoher Parteifunktionäre (vgl. C.a., 2000/2, Ü 12). Innerhalb der Führung scheint nur eine relativ kleine Gruppe derer, die angesichts der gegenwärtig als „kritisch“ empfundenen politischen Lage einen Führungswechsel generell fürchten, die Weiterführung des Generalsekretäramtes durch Jiang zu präferieren. Stärker verbreitet scheint dagegen die Überzeugung, dass die Führungsspitze verjüngt werden und Jiang Zemin folglich seinen Platz räumen sollte (*Dongxiang*, 2000/4, S.6-8). Nicht zuletzt dürften die Beispiele der zuletzt gewählten „jungen“ Präsidenten Russlands und Taiwans, Vladimir Putin und Chen Shuibian, hier einen gewissen Einfluss ausüben.

Wenn die Meldung zutrifft, ist damit der Weg für einen Vertreter der jüngeren Generation als Nachfolger im de facto höchsten politischen Amt der Volksrepublik frei. Wie bereits zuvor berichtet, konkurrieren um das Amt gegenwärtig Hu Jintao und der 60-jährige Zeng Qinghong, seit März 1999 Leiter der Organisationsabteilung der Partei. Von den beiden erfreut sich Hu Jintao größerer allgemeiner Beliebtheit. Von Jiang Zemin selbst wurde er auf Grund seines aktiven Einsatzes insbesondere im Bereich ideologischer Arbeit mehrfach gewürdigt und angeblich auch explizit als Nachfolger im Amt des Generalsekretärs empfohlen (ebd.).

Demgegenüber scheint Zeng Qinghong über einen besseren Zugang zum Zentrum politischer Macht zu besitzen: In seinem Amt als Leiter der Organisationsabteilung, in dem er zahlreiche wichtige Kompetenzen und Kontakte in den Bereichen Diplomatie, Sicherheit, Nachrichtenwesen und Militär sammeln konnte, ist er angeblich einzig Jiang Zemin gegenüber rechenschaftspflichtig. Auch in personalpolitischen Fragen hat er zunehmend seinen Einfluss geltend gemacht. Profilieren konnte er sich zudem zuletzt durch eine Auslandsreise, die ihn nach Australien, Neuseeland, Südkorea und Japan führte. Diese privilegierte Stellung, die Zeng Qinghong in den Augen vieler Beobachter als Mitglied der so genannten „Shanghai-Fraktion“ um Jiang Zemin und persönlicher Schützling Jiangs zukommt,